




Konflikte erfordern stärkeres Handeln der Vereinten Nationen

Konflikte erfordern stärkeres Handeln der Vereinten Nationen
Besonders Teile Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Asiens bleiben Schauplatz gewaltsamer Konflikte
Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg hat festgestellt, dass die Zahl der kriegerischen Konflikte im Jahr 2012 leicht zurückgegangen ist. Dazu erklärt der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Philipp Mißfelder:
"Die Forschungsergebnisse der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung der Universität Hamburg zeigen eine leichte Tendenz des Rückgangs kriegerischer Auseinandersetzungen im Jahr 2012. Dennoch bleiben besonders Teile Afrikas, des Nahen und Mittleren Ostens sowie Asiens Schauplatz gewaltsamer Konflikte. Die täglichen Bilder von Toten, Verletzten und Flüchtlingen in den Krisenregionen zeigen, wie vielen Menschen ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde verwehrt ist.
Die Folgen von Krieg und Gewalt stellen einen ständigen und eindringlichen Appell an die internationale Gemeinschaft dar, sich mit aller Kraft für die friedliche Lösung bewaffneter Konflikte einzusetzen. Die Vereinten Nationen müssen ihrer Aufgabe, die Welt von der Geißel des Krieges zu befreien, entschiedener nachkommen. Der Bürgerkrieg in Syrien, dem inzwischen über 40.000 Menschen zum Opfer gefallen sind, macht dies auf dramatische Weise deutlich. Bis heute konnte im Weltsicherheitsrat kein Konsens gefunden werden, um dem Assad-Regime Einhalt zu gebieten und die Zivilbevölkerung des Landes zu schützen. Von der Schutzverantwortung der Vereinten Nationen, die im Konzept der "Responsibility to Protect" festgehalten wurde, ist im Falle Syrien nichts zu sehen.
Die Überwindung von Kriegen hängt jedoch nicht nur von der Aussöhnung der Konfliktparteien ab. Frieden kann nur dort dauerhaft gesichert werden, wo Menschenrechte geachtet, die Rechtsstaatlichkeit garantiert und sichere Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Entwicklung gegeben sind."
Hintergrund:
Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg hat in einer Pressemitteilung erklärt, dass die Anzahl von Kriegen und bewaffneten Konflikten nach ihren Analysen von 37 im Jahr 2011 auf 34 im Jahr 2012 zurückgegangen ist.
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.